

ZUKUNFTSORIENTIERTE EINSTELLUNGSOFFENSIVE AUCH IN NORDBADEN

Warum der Standort Bruchsal wichtig ist

Die Polizei Baden-Württemberg verstärkt seit Jahren die Einstellungszahlen, um Abgänge auszugleichen und die Präsenz zu erhöhen. Deshalb muss ein Standort in Nordbaden erhalten bleiben.

Thomas Mohr

stellv. Landesvorsitzender

Der Ausbildungsstandort Bruchsal der Polizei Baden-Württemberg spielt eine unverzichtbare Rolle in der Sicherstellung der inneren Sicherheit des Landes. Angesichts der Tatsache, dass etwa 43 % der Polizistinnen und Polizisten der Landespolizei Baden-Württemberg aus dem nordbadischen Raum stammen, ist die strategische Bedeutung dieses Standorts für die Nachwuchsgewinnung evident. Die Möglichkeit, heimatnah ausgebildet zu werden, steigert die Attraktivität des Polizeiberufs für Bewerberinnen und Bewerber aus dieser Region erheblich.

Umfrage eindeutig

Zudem haben aktuelle Befragungen ergeben, dass eine heimatnahe Ausbildungsmöglichkeit für viele Bewerbende auch einen wichtigen Grund darstellt, die Ausbildung bei der Polizei zu beginnen oder eben auch nicht. Über zwei Drittel der Befragten hätten ihre Ausbildung NICHT an einem anderen Ausbildungsstandort begonnen und wären demnach nicht zur Polizei gegangen.

Nachwuchs dringend nötig

Seit 2016 führt die Polizei Baden-Württemberg die größte Einstellungsinitiative ihrer Geschichte durch – mit rund 14.000 neu eingestellten Nachwuchskräften bis 2024. Diese Maßnahme dient nicht nur dem Ausgleich der zahlreichen Pensionierungen, sondern auch der personellen Verstärkung und Verjüngung der Landespolizei. Der Standort Bruchsal trägt maßgeblich dazu bei, diese Ziele zu erreichen, indem er jährlich zahlreiche Anwärterinnen und Anwärter ausbildet.



GdP bei einem Infogespräch vor Ort: Thomas Mohr, stellv. Landesvorsitzender, PHK Florian Brachvogel, Institutsbereich Ausbildung Bruchsal, POR Sebastian Schwarz, Leiter Institutsbereich Bruchsal, und Gundram Lottmann, Landesvorsitzender (von links)

Geografische Lage optimal

Die geografische Lage Bruchsals im „Vierländereck“ von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und dem Saarland verleiht dem Standort eine besondere strategische Bedeutung. Diese Position ermöglicht es, Bewerberinnen und Bewerber nicht nur aus dem eigenen Bundesland, sondern auch aus den angrenzenden Regionen zu gewinnen, was die Vielfalt und Qualität des Polizeinachwuchses bereichert.

Förderung des Spitzensports

Ein weiterer Vorteil des Standorts Bruchsal ist die Nähe zum Olympiastützpunkt Metropolregion Rhein-Neckar. Diese Nähe macht den Standort besonders attraktiv für Spitzensportlerinnen und -sportler, die eine Karriere bei der Polizei anstreben und gleichzeitig ihre sportliche Laufbahn fortsetzen möchten.

Politik hat Bedeutung erkannt

Innenminister Thomas Strobl hat die Bedeutung des Standorts Bruchsal mehrfach betont und sich für dessen langfristige Sicherung eingesetzt. Bereits 2018 wurde die Notwendigkeit erkannt, den Standort Bruchsal als festen Bestandteil der Polizeiausbildung zu erhalten, um den steigenden Ausbildungsbedarf zu decken. Die Sicherung des Standorts Bruchsal als festen Ausbildungsort ist daher nicht nur eine Frage der Tradition, sondern eine strategische Notwendigkeit für die Zukunft der Polizei Baden-Württemberg. Sie gewährleistet eine kontinuierliche und qualitativ hochwertige Ausbildung des Polizeinachwuchses und trägt maßgeblich zur Sicherheit und Stabilität im Land bei; dies natürlich ohne andere Schulstandorte wie Herrenberg, Lahr, Biberach und Wertheim dafür infrage zu stellen. ■



SITZUNGSMARATHON

Landesvorstand und Beirat trafen sich

Am 19. und 20. Februar 2025 fanden in Biberach im schönen Schwarzwald die Sitzung des Landesvorstandes und die Versammlung des Beirats der Gewerkschaft der Polizei Baden-Württemberg (GdP BW) statt. Zur Vorbereitung beider Veranstaltungen tagte der Geschäftsführende Landesvorstand bereits am 18. Februar 2025 in Zell am Hamersbach.

Uli Müller

Die Landesvorstandssitzung und der Beirat wurden von Thomas Mohr (Bezirksgruppe Mannheim, stellvertretender Landesvorsitzender) und Markus Glock (Bezirksgruppe Hochschule, Beisitzer im Geschäftsführenden Landesvorstand) geleitet.

Zahlreiche Gäste und Ehrengäste wurden am Beirat herzlich begrüßt, darunter Petra Hasebrink (BBBank), Jürgen Rittel (PVAG/Signal Iduna), Andreas Heck (Bürgermeister Hohberg) und Reinhart Renter (Polizeipräsident a. D.). Die Gäste betonten in ihren jeweiligen Grußworten die enge Verbundenheit zur GdP BW.

Im Rahmen der Beiratssitzung konnte die Versammlungsleitung Hans-Jürgen Kirstein, Ehrenvorsitzender, sowie die Ehrenmitglie-

der Werner Fischer und Wolfgang Schmidt herzlich willkommen heißen.

Der Landesvorsitzende Gundram Lottmann äußerte in seinem Rechenschaftsbericht seine Enttäuschung über das Ergebnis des Doppelhaushaltes 2025/2026. Laut Lottmann enthält der Doppelhaushalt weder für die Beamtenschaft noch für Tarifbeschäftigte dringend notwendige Verbesserungen.

Des Weiteren gab er bekannt, dass die Geschäftsstelle der GdP BW im September 2025 in die Landeshauptstadt nach Stuttgart verlegt wird. Die GdP BW verspricht sich hierdurch noch bessere Kontakte zu den Entscheidungsträgern aus den Reihen der Politik.

Darüber hinaus konnte der Landesvorsitzende berichten, dass die Geschäftsstelle

in Eberdingen ab Mai 2025 im vollständigen Besitz der GdP BW ist.

Bei den Wahlen und Bestellungen gab es folgende Ergebnisse:

- Stellvertretender Vorsitzender der GdP BW und Tarifsprecher: Andreas Müller (BG Reutlingen)
- Mitglieder in der Landestarifkommission: Sybille Pilger (BG Landeskriminalamt) und Kevin Hämmerling (Bezirksgruppe Stuttgart, Bereich Justiz)
- Kassenprüferinnen: Kathrin Steinmetz (BG Pforzheim) und Ruth Wöhrle-Haas (BG Offenburg)
- Mitglied in der Kommission für Beamtenpolitik: Jan Quente (BG Stuttgart)

Gundram Lottmann wünschte den neu gewählten Kolleginnen und Kollegen alles Gute für ihre neuen Aufgaben und dankte den ausscheidenden Mitgliedern für ihre bisherige Tätigkeit.

Ein weiteres Schwerpunktthema bildeten die im Juni 2025 anstehenden Personalratswahlen. Uli Jäck, Timo Gretz (beide BG Karlsruhe) und Marius Buck (BG Ravensburg) informierten über den aktuellen Sachstand und zeigten sich mit dem bisherigen Verlauf zufrieden.

Anhand einer Präsentation des Künstlers Uwe Kaiser, brachte Gundram Lottmann dem Beirat den Inhalt und das Ziel der Aktion „Sympathisch gegen Hass und Hetze“ näher und rief zur möglichst zahlreichen Teilnahme an der Auftaktveranstaltung auf, welche am 4. April 2025 im Innenministerium Baden-Württemberg in Stuttgart stattfindet.

Bevor Gundram Lottmann allen Teilnehmern einen guten Nachhauseweg wünschte, bedankte er sich in seinem Schlusswort ausdrücklich bei Christine Till und Stephan Krämer, BG Offenburg und Beisitzer im geschäftsführenden Landesvorstand und dessen Team, für die hervorragende Organisation und Betreuung. ■





Foto: GdP/BW (Senioren)

Auf dem Bild (von links):
Martin Zerrinius, Elke Busch, Frank Bauer und
die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren

SCHULUNG BEIM LBV BADEN-WÜRTTEMBERG

Seniorenvertreter als Multiplikatoren

Bei einer weiteren Schulung für 15 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der GdP im Januar beim Landesamt für Besoldung und Versorgung Baden-Württemberg, organisiert vom Geschäftsführenden Landesseniorenvorstand, stand die neue Praxis des LBV mit Abschlagszahlungen im Mittelpunkt.

Martin Zerrinius

Zunächst wurden durch den für Beihilfe zuständigen Abteilungsleiter Frank Bauer mit Unterstützung seiner Referatsleiterin Elke Busch die Abläufe der Beihilfearbeitung beim Landesamt eindrücklich auch mit den Arbeitszahlen dargestellt. War das LBV im Jahr 2022 für rund 347.500 Beihilfeberechtigte zuständig, stieg diese Zahl im Jahr 2024 auf rund 355.000, ohne dass zusätzliches Personal eingestellt wurde. Im Jahr 2024 wurden 2,24 Beihilfeanträge eingereicht – eine Zunahme um ca. 17,5 Prozent. Die Aufwendungen für die Beihilfe betragen 3,26 Mrd. Euro; im Vorjahr betragen sie noch 2,79 Mrd. Euro. Kaum gestiegen ist dagegen die Anzahl der Belege von 10,32 Mio. auf 10,69 Mio. Durchschnittlich wurden 4,9 Belege pro Antrag eingereicht (Vorjahr: 5,6). Pro Beihilfebescheid wurden 1.507 Euro ausbezahlt (Vorjahr 1.616 Euro), bei einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von 21,5 Tagen (Vorjahr 14,34 Tage). Mehr Anträge mit wenigen Belegen bedeuten auch mehr Aufwand an Bearbeitung, insbesondere, wenn die Beihilfeanträge manuell beantragt werden.

Fast die gesamte Baby-Boomer-Generation bei den Polizeibeamtinnen und -beamten, die Jahrgänge bis 1964 – mit den starken Einstellungsjahrgängen der 1970er- bis Anfang der 1980er-Jahre –, konnte in den vergangenen Jahren in den Ruhestand gehen. Eine riesige Anzahl an beamteten Lehrkräften folgt, was zu einer weiteren Zunahme an Beihilfearbeitungen führen wird, mit den bekannten Auswirkungen auf Bearbeitungszeiten.

Das Landesamt hat sich aber darauf eingestellt, denn seit Mitte Oktober 2024 wurde die Abschlagszahlung bei der Beihilfe eingeführt. Das Drängen auf Verbesserungen bei der Beihilfe durch die GdP hatte sich gelohnt. Damit sich die langen Wartezeiten bei Beihilfeanträgen weniger finanziell belastend auswirken, wurde eine technische Neuerung eingeführt. Auf Beihilfeanträge, die seit November 2024 gestellt werden, leistet das LBV unter bestimmten Voraussetzungen eine „qualifizierte Abschlagszahlung“. Dieser Abschlag braucht nicht extra beantragt werden. Wird ein solcher Abschlag gewährt, erhält die einreichende Person ein Informationsschreiben über die Abschlagszahlung. Sollte kein Schreiben zu einer Abschlagszahlung kommen, sind die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt, so muss zum Beispiel der ermittelte Auszahlungsbeleg mindestens 50 Euro erreichen. Abschlagszahlungen sind nötig und möglich bei Arztrechnungen, Zahnarztrechnungen, Rezepte für Arzneimittel und Rechnungen von Heilpraktikern, denn diese können vom LBV komplett elektronisch geprüft werden. Werden diese Rechnungen aber zusammen mit einem Beleg eingereicht, der erst manuell geprüft werden muss, kann auch der elektronisch geprüfte Teil noch nicht ausbezahlt werden. Der Beihilfebescheid kann erst ergehen, wenn alle Belege bzw. Anlagen des Antrags manuell bearbeitet wurden. Es stellt sich deshalb die Frage: Wie können wir, die Kun-

den des Landesamtes für Besoldung und Versorgung, zur schnellen Bearbeitung beitragen? Das Wichtigste zuerst: Beihilfeanträge elektronisch über die App „Beihilfe BW“ oder über den Beihilfeantrag online im Kundenportal des LBV einreichen.

Bei herkömmlicher Einreichung auf dem Postweg, Papieranträge und Belege (Rechnungen, Rezepte, sonstige Nachweise) nicht zusammenheften, klammern oder kleben; auch keine Haftnotizen oder Klebestreifen verwenden.

Sonstige Schreiben sind getrennt vom Beihilfeantrag einzureichen, da ansonsten immer eine manuelle Sachbearbeitung erfolgen muss. Auch hier empfiehlt sich die Nutzung des Kundenportals.

Bei der Einreichung von Rezepten für Arzneimittel ist das quitierte Rezept ausreichend; der dazugehörige Kassenbeleg der Apotheke wird nicht benötigt.

Ein Problem für das LBV sind mehrfach übersandte Belege. Jedes Dokument ist nur einmal vorzulegen – entweder als Duplikat oder im Original. Auch bereits eingereichte Unterlagen, insbesondere in Beschwerdefällen, sind nicht nochmals einzureichen.

Wichtig ist auch die Vorlage einer Vollmacht über den Tod hinaus und die Vorsorgevollmacht. Dieser Punkt betrifft alle aktiven Beamtinnen und Beamten sowie alle Versorgungsempfängerinnen und -empfänger. Ohne die Vorlage einer Vollmacht kann in Notfällen, wenn zum Beispiel die Beihilfe berechtigte Person nicht fähig ist, Anträge zu unterschreiben, nichts unternommen bzw. bearbeitet werden. Es wird daher dringend empfohlen, eine Vertrauensperson zu bevollmächtigen. Die Vollmacht kann beim LVB hinterlegt werden. Ein Vordruck kann unter <https://lbv.landbw.de/-/vorsorgevollmacht> heruntergeladen werden.

Martin Zerrinius, der Landesseniorenvorsitzende, sprach den beiden Referenten des Tages, Frau Elke Busch und Herrn Frank Bauer, die sachkundig und verständlich die schwierigen Materien erörterten, ein dickes Dankeschön aus, das mit einer kleinen Gabe verbunden war. ■



TARIFBEREICH: ERFOLG FÜR POLIZEIAUSBILDUNGSSTANDORT WERTHEIM

39 Entfristungen beschlossen

Gute Nachrichten für den Ausbildungsstandort Wertheim: Dank des entschlossenen Einsatzes von Innenminister Thomas Strobl konnten 39 Beschäftigte entfristet werden und haben nun eine sichere berufliche Zukunft. Diese Entscheidung ist ein starkes Signal für die Wertschätzung und Stärkung der Polizeiausbildung in Baden-Württemberg.

Redaktion (TM)

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Baden-Württemberg hatte sich intensiv für die Entfristung eingesetzt und begrüßt die Maßnahme ausdrücklich. Der stellvertretende Landesvorsitzende der GdP Baden-Württemberg, Thomas Mohr, bedankt sich bei Minister Strobl für die Umsetzung dieser lang geforderten GdP-Initiative. „Die Entfristung der Tarifverträge bedeutet für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung, Technik und Kantine Planungssicherheit. Sie sind es, die mit ihrem Engagement den reibungslosen Ausbildungsbetrieb in Wertheim gewährleisten“, betont Mohr. Mit der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2025/2026 konnten 39 der 41 befristeten Beschäftigten in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden. Dies stellt nicht nur eine soziale Absicherung für die betroffenen Angestellten dar, sondern trägt auch maßgeblich zur langfristigen Stabilität und Attraktivität des Ausbildungsstandorts Wertheim bei. Die Entscheidung verdeutlicht die Bedeutung einer nachhaltigen Personalpolitik und honoriert die wertvolle Arbeit derjenigen, die täglich zur Funktionsfähigkeit der Polizeiausbildung beitragen. Die GdP Baden-Württemberg dankt allen Beteiligten, die sich für diese richtungsweisende Entscheidung eingesetzt haben. Mit diesem Schritt wird die Zukunft des Ausbildungsstandorts Wertheim weiter gefestigt und ein positives Signal für die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesetzt. ■



DP – Deutsche Polizei
Baden-Württemberg

Geschäftsstelle
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen
Telefon (07042) 879-0
Telefax (07042) 879-211
info@gdp-bw.de
www.gdp-bw.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Thomas Mohr (V.i.S.d.P.)
Maybachstraße 2
71735 Eberdingen
redaktion@gdp-bw.de

Redaktionsschluss
Zuschriften für das Landesjournal Baden-Württemberg können an redaktion@gdp-bw.de gesendet werden. Die Texte bitte unformatiert und Bilder separat im Anhang übersenden. Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe ist der 4. April 2025, für die Juni-Ausgabe der 2. Mai 2025.



Die Teilnehmer der JUNGE GRUPPE im Raum Kurpfalz beim Polizeipräsidium Mannheim.

JUNGE GRUPPE

Landesjugendvorstand der GdP tagte in Mannheim

Redaktion (TM)

Der Landesjugendvorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Landesbezirk Baden-Württemberg, kam zu einer Sitzung im Polizeipräsidium Mannheim zusammen. Ein besonderes Dankeschön gilt Polizeivizepräsidenten Renato Gigliotti, der die Teilnehmerinnen und Teilnehmer herzlich im Raum Kurpfalz begrüßte. Die Sitzung wurde von den stellvertretenden Vorsitzenden Sinan Toksoy und Tobi Haarseim geleitet. Leider konnte Landesjugendvorsitzender Jonas Witzgall aufgrund einer Erkältung nicht persönlich anwesend sein; ließ es sich jedoch nicht nehmen, per Video zugeschaltet zu werden. Der Landesjugendvorstand bedankte sich bei Daniel Abel, der aus persönlichen Gründen aus dem Vorstand ausschied.

Ein zentrales Thema der Sitzung war der Bericht vom Vizelandesvorsitzenden Thomas Mohr zu aktuellen Herausforderungen und den bevorstehenden Personalratswahlen 2025. Mohr, der zugleich Vorsitzender der Mannheimer GdP ist, informierte über gewerkschaftspolitische Entwicklungen bei der Bezirksgruppe und die Situation innerhalb der Mannheimer Polizei.

Die Themen und Ziele:

- Mehr Mitbestimmung und bessere Arbeitsbedingungen für junge Polizeibeschäftigte

- Einsatz für faire Bezahlung und sichere Arbeitszeiten
- Stärkung der Aus- und Fortbildung für den Polizeinachwuchs
- Mehr Anerkennung und Wertschätzung für junge Polizistinnen und Polizisten

Mit voller Energie setzt sich die JUNGE GRUPPE Baden-Württemberg weiterhin für die Interessen der jungen Kolleginnen und Kollegen in Baden-Württemberg ein. Die Sitzung zeigte erneut den starken Zusammen-

halt und das gemeinsame Engagement für eine bessere Zukunft im Polizeidienst.

Dank an das Polizeipräsidium Mannheim für die Bereitstellung des Besprechungsraums Kurpfalz und Frau Fleck vom Büro der Polizeipräsidentin Schäfer und Vizepolizeipräsidenten Gigliotti für die Unterstützung bei der Organisation. Danke auch an Sinan Toksoy, Tobi Haarseim und Ben Dahmen, die kurzfristig die Durchführung der Veranstaltung übernommen hatten. Und ein Danke an Ina Zeller für die tollen Fotos. ■



Vizepolizeipräsident Renato Gigliotti (links) begrüßt die Teilnehmer. Sitzungsleiter Sinan Toksoy (Mitte) und Vizelandesvorsitzender Thomas Mohr (rechts).



Rund 150 Einsatzkräfte haben an Rouven Laur gedacht.

KRANZNIEDERLEGUNG AM MANNHEIMER MARKTPLATZ

Blaulichtfamilie gedenkt getötetem Polizisten Rouven Laur

Redaktion (TM)

In einer bewegenden Gedenkzeremonie mit rund 150 Einsatzkräften der Blaulichtfamilie wurde am Mannheimer Marktplatz ein Kranz niedergelegt, um dem verstorbenen Kollegen Rouven Laur zu gedenken. Feuerwehrleute, Rettungskräfte, Mitglieder von Hilfsorganisationen, der Besondere Ordnungsdienst (BOD) der Stadt Mannheim sowie Polizistinnen und Polizisten versammelten sich in stillem Gedenken an den Beamten, der am 31. Mai 2024 während eines Einsatzes brutal angegriffen wurde und wenige Tage später seinen Verletzungen erlag. Die Kranzniederlegung erfolgte kurz vor dem traditionellen Fastnachtsumzug der Städte Mannheim und Ludwigshafen – ein bewusster Zeitpunkt, um zu zeigen, dass trotz der

Freude und des Feierns die Erinnerung an Rouven Laur nicht verblasst. Die Blaulichtfamilie setzte damit ein deutliches Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts.

Thomas Mohr, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mannheim, sprach vor den Anwesenden bewegende Worte: „Rouven Laur wurde aus dem Leben gerissen, während er für die Sicherheit unserer Stadt im Einsatz war. Wir vergessen ihn nicht. Diese Kranzniederlegung ist unser stiller Gruß an ihn – und ein klares Zeichen: Gewalt gegen Einsatzkräfte wird niemals hingenommen.“ Mohr hob die Bedeutung der geschlossenen Anteilnahme hervor und dankte allen, die sich inmitten der Fastnachtszeit die Zeit für diesen Moment der Besinnung nahmen:

„Es zeigt sich einmal mehr: Die Blaulichtfamilie hält zusammen – in den schweren Stunden genauso wie im Alltag. Dafür danke ich von Herzen.“

Die GdP kündigte an, weiterhin entschlossen gegen Gewalt an Einsatzkräften einzutreten und sich für den bestmöglichen Schutz aller Kolleginnen und Kollegen stark zu machen. Rouven Laurs Tod bleibt eine Mahnung, wie gefährlich die Einsätze von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräften sein können. Die Kranzniederlegung am Mannheimer Marktplatz war daher nicht nur ein Akt der Erinnerung, sondern auch ein Appell an die Gesellschaft, Respekt und Anerkennung für diejenigen zu zeigen, die tagtäglich ihr Leben für die Sicherheit anderer riskieren. ■



Eine Delegation der Rettungs- und Hilfsdienste bei der Schweigeminute.



„Die Blaulichtfamilie denkt an Dich.“





AMOKFAHRT IN DER FUSSGÄNGERZONE

Wieder Mannheim ...

Redaktion (TM)

Am Rosenmontag ereignete sich in der Mannheimer Fußgängerzone eine tragische Amokfahrt. Ein 40-jähriger Mann raste gegen 12:15 Uhr mit hoher Geschwindigkeit über die „Planken“ in Richtung Paradeplatz und erfasste mehrere Passanten. Zwei Menschen starben, 14 weitere wurden verletzt, fünf davon schwer.

Opfer und Festnahme

Bei den Todesopfern handelt es sich um eine 83-jährige Frau und einen 54-jährigen Mann, die noch am Unfallort verstarben. Der Tatverdächtige, ein deutscher Staatsbürger aus Ludwigshafen, ließ sein Fahrzeug im Quadrat E7 zurück und flüchtete zu

Fuß. Er wurde kurz darauf von der Polizei festgenommen. Zuvor hatte er versucht, sich mit einer Schreckschusspistole das Leben zu nehmen und wurde verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Ermittlungen und Haftbefehl

Das Amtsgericht Mannheim erließ Haftbefehl wegen zweifachen Mordes, fünffachen versuchten Mordes und gefährlicher Körperverletzung. Das Motiv des Täters bleibt unklar; allerdings gibt es Hinweise auf psychische Vorerkrankungen.

Stimmen der GdP

Jochen Kopelke, Bundesvorsitzender der GdP, betonte die Notwendigkeit einer stärkeren Videoüberwachung in Innenstädten zur Gefahrenprävention. Gundram Lottmann, Landesvorsitzender der GdP Baden-Württemberg, würdigte das professionelle Handeln der Einsatzkräfte und sprach den Opfern sein Mitgefühl aus. Thomas Mohr, Vorsitzender der GdP Mannheim, lobte das schnelle Eingreifen der Polizei, das Schlimmeres verhinderte, sowie die Unterstützung eines Taxifahrers bei der Festnahme des Täters.

Die Stadt trauert um die Opfer – nur neun Monate nach dem Angriff auf den Mannheimer Polizisten Rouven Laur erschüttert erneut eine schreckliche Tat die Bevölkerung. ■

Foto: GdP BW (TM)





Fotos: GdP/BW (TM)



GdP-Öffentlichkeitsarbeit

